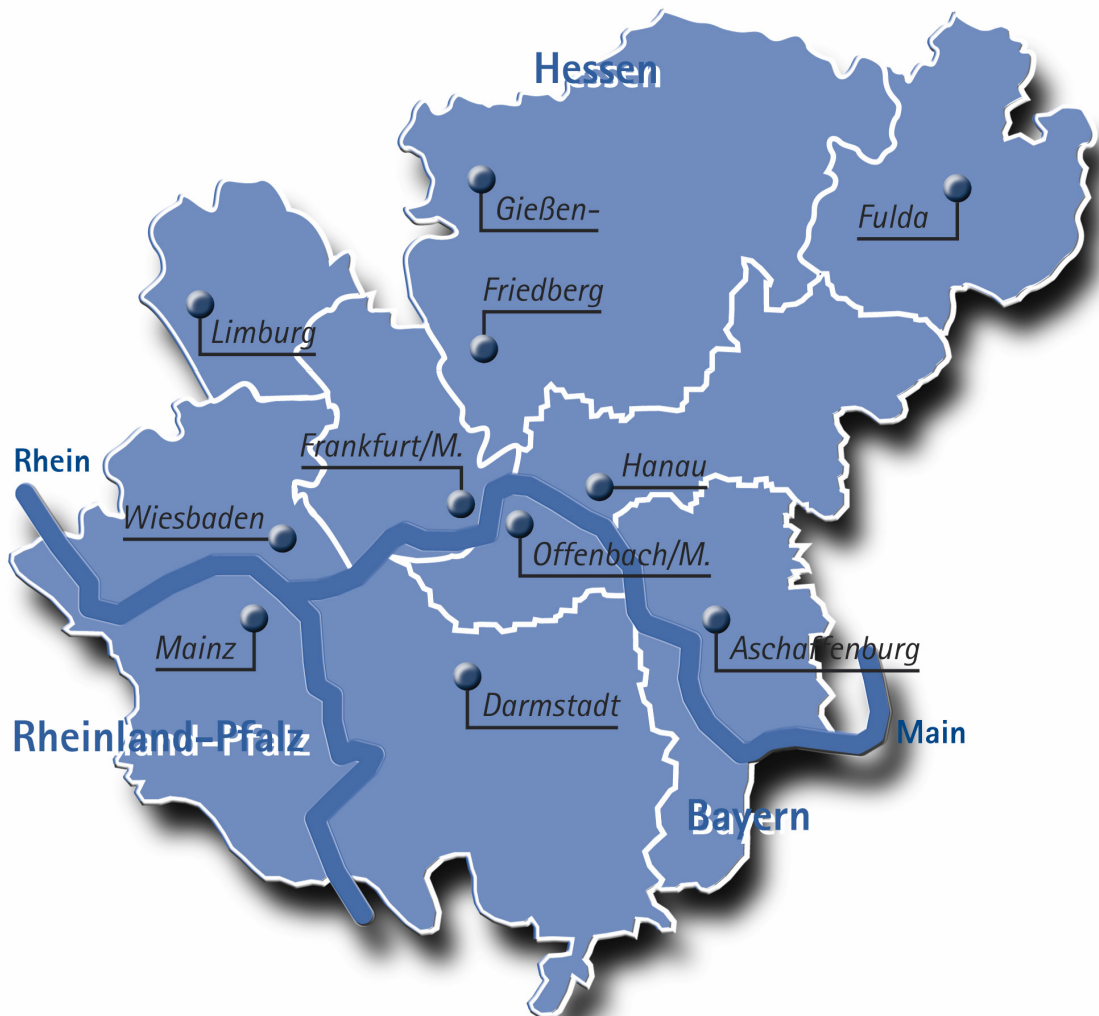


Beschäftigungs- und Konjunkturprognose

FrankfurtRheinMain

2010



Arbeitsmarkt 2010

Eine Initiative der Industrie- und Handelskammern

Aschaffenburg | Darmstadt | Frankfurt am Main | Fulda
Gießen-Friedberg | Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern | Limburg
Rheinhessen (Mainz) | Offenbach am Main | Wiesbaden

Herausgegeben vom:

IHK-Forum Rhein-Main

Geschäftsführung

Industrie- und Handelskammer

Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern

Am Pedro-Jung-Park 14

63450 Hanau

Telefon: 06181 9290-0

Telefax: 06181 9290-78

Eine Initiative der Industrie- und Handelskammern
Aschaffenburg | Darmstadt | Frankfurt am Main | Fulda |
Gießen-Friedberg | Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern |
Limburg | Rheinhessen (Mainz) | Offenbach am Main |
Wiesbaden

Bearbeitung:

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung

Autoren: Dr. Hubertus Hille (verantwortlich)
Dr. Martin Debus
Yvonne Feißt

Graphik-Layout: Sabrina Siegmund

60284 Frankfurt am Main

Telefon: 069 2197-1508

m.debus@frankfurt-main.ihk.de

November 2009

Inhalt

Vorwort	5
Konjunkturelle Lage	6
Konjunkturelle Situation 2009 – Turbulente Zeiten	7
Prognose 2010 – Konjunkturelle Erholung braucht Zeit	11
Beschäftigungsprognose FrankfurtRheinMain 2010	12
Gesamtwirtschaft – Beschäftigung sinkt.....	13
Prognose 2010 – Krise trifft Arbeitsmarkt stärker.....	17
Entwicklung in ausgewählten Sektoren	20
Industrie – stark vom Einbruch der Exportnachfrage getroffen	21
Baugewerbe – Beschäftigungsabbau trotz Konjunkturprogramme.....	25
Dienstleistungen – bisher am besten durch die Krise gekommen	28
Handel – Beschäftigungsabbau nicht zu vermeiden.....	31

Vorwort

Wirtschaftskrise lässt Beschäftigung in FrankfurtRheinMain sinken

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch vor der Region FrankfurtRheinMain nicht halt gemacht. Erste Zeichen der Besserung sind zwar deutlich zu erkennen. Allerdings ist der Umsatzrückgang in einzelnen Bereichen der Wirtschaft seit Herbst 2008 beispiellos. Die Konjunktur wird sich im kommenden Jahr erholen. Es wird jedoch ein weiter Weg, bis diese Produktionslücke wieder geschlossen ist.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich noch sehr robust – trotz der Stärke des Konjunkturunbruchs in diesem Jahr. Nach unseren Berechnungen wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis zum Ende dieses Jahres um 0,75 Prozent sinken. Dies entspricht einer Reduktion um rund 15.000 auf insgesamt 2.017.000 Stellen.

Im kommenden Jahr wird die Krise den Arbeitsmarkt stärker treffen. Nach unseren Analysen werden rund 1,75 Prozent oder 35.000 Stellen wegfallen. Ende 2010 werden somit rund 1.982.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Die Industrie ist am stärksten betroffen. Im kommenden Jahr werden 4,5 Prozent der Beschäftigung abgebaut; das sind rund 17.500 Stellen. Am besten durch die Krise sind bisher die Dienstleistungsunternehmen gekommen. Im Jahr 2010 wird allerdings auch in dieser Branche die Beschäftigung um 0,75 Prozent oder rund 9.200 Stellen sinken.

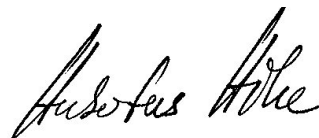
Die Betriebe versuchen alles, um ihre Fachkräfte auch in der Krise zu halten. Viele Unternehmen nutzen dazu Kurzarbeit, die aber für sie nicht kostenlos ist. Kurzarbeitergeld kann bis zu 24 Monate gezahlt werden. Die Rückmeldungen der Unternehmen zeigen: Viele Betriebe sind gezwungen, bereits früher aus der Kurzarbeit auszusteigen und Beschäftigung abzubauen.

Hartwig Rohde



Geschäftsführer IHK-Forum Rhein-Main
Hauptgeschäftsführer
IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern

Dr. Hubertus Hille



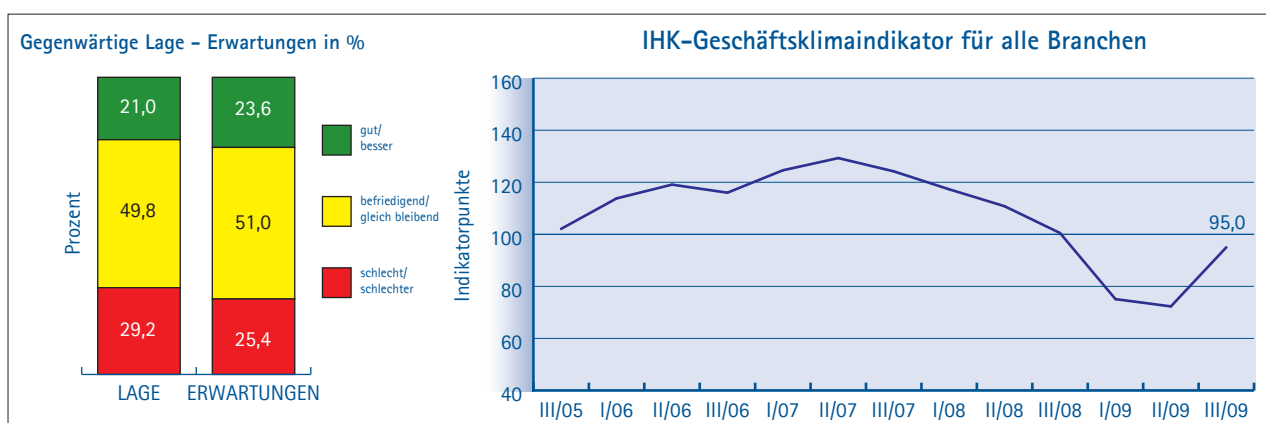
Geschäftsführer der IHK Frankfurt am Main
Geschäftsfeld Wirtschaftspolitik
und Metropolenentwicklung

Konjunkturelle Lage

Konjunkturelle Situation 2009 – Turbulente Zeiten

Im Jahr 2009 wird die Wirtschaftstätigkeit im Jahresvergleich stark sinken. Die IHK-Organisation rechnet damit, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, in Deutschland um 4,8 Prozent geringer ausfallen wird als im Jahr zuvor. Die derzeit aktuellsten Prognosen anderer führender Wirtschaftsforschungsinstitute liegen auf einem ähnlichen Niveau. Somit wird ungefähr das BIP-Niveau des Jahres 2005 erreicht. Das ist der stärkste Rückgang der Wirtschaftsleistung seit Kriegsende. Zum Vergleich: Die bislang stärkste Rezession erzeugte im Jahr 1975 als Folge der Ölkrise ein Minus von 0,9 Prozent.

Insbesondere zu Jahresbeginn 2009 setzte sich der dramatische Einbruch der Weltwirtschaft vom Herbst 2008 weiter fort. Über einen Einbruch der Auslandsnachfrage und damit gesunkene Exporttätigkeiten hatte die Krise auch auf die regionale Wirtschaft übergreifen. Dies spiegelte sich in einem drastischen Rückgang der Stimmung bei den Unternehmen wider. Sowohl die Bewertung der Geschäftslage, als auch die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung des weiteren Geschäftsverlaufs waren deutlich eingetrübt. Wenige Unternehmen rechneten mit einer günstigen Entwicklung ihrer Geschäfte im Verlauf des Jahres 2009. Diese Entwicklung verschärfte sich zum Frühsommer hin sogar noch weiter. Die Stimmung der regionalen Unternehmen verschlechterte sich abermals: der Geschäftsklimaindikator¹ in FrankfurtRheinMain sank auf einen historischen Tiefstand von 72,3 Punkten.

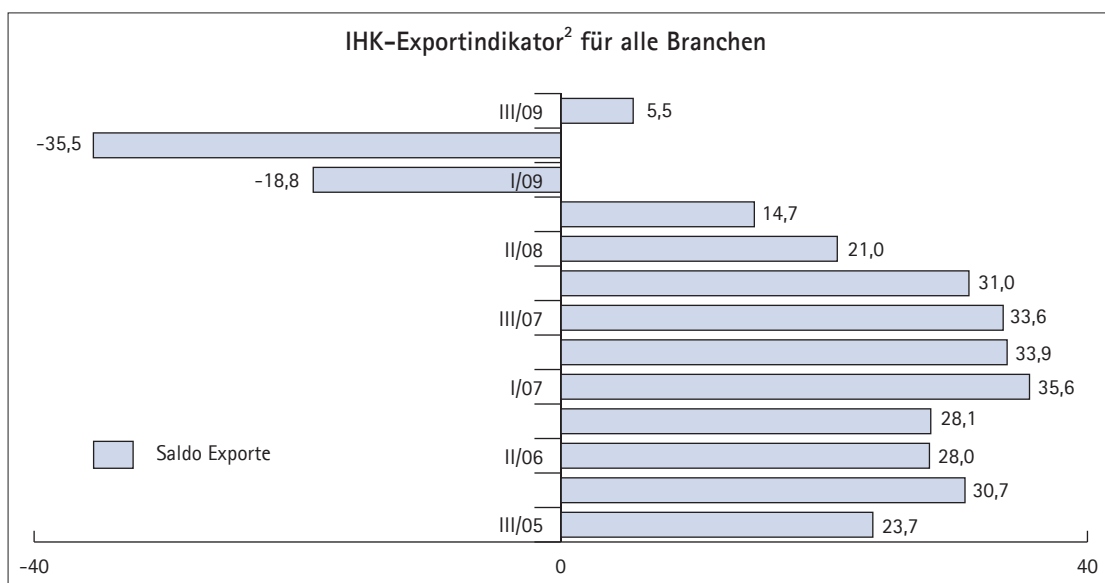


Im Herbst 2009 lässt sich eine Bodenbildung der konjunkturellen Entwicklung in FrankfurtRheinMain erkennen. Das Geschäftsklima hat sich in nahezu allen Wirtschaftsbereichen sprunghaft verbessert.

¹ Der Geschäftsklimaindikator dient als Barometer zur Beurteilung der aktuellen und der zukünftigen Geschäftslage in den Unternehmen. Er setzt sich aus der Lagebeurteilung und den Erwartungen der Unternehmen zusammen. Der Indikator kann zwischen den Werten 0 und 200 schwanken. Ein Wert von 100 stellt die Grenze zwischen positiver und negativer Gesamtstimmung dar.

Knapp 50 Prozent der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Lage als „befriedigend“ – immerhin 21 Prozent sehen ein „gutes“ Lagebild. Auch im Hinblick auf den Geschäftsverlauf für die kommenden Monate sind sie sichtlich weniger skeptisch als noch im Frühsommer. Die Finanzunternehmen in FrankfurtRheinMain sind von der Krise deutlich weniger betroffen als in anderen Finanzmetropolen. Bis auf einen leichten Stimmungsrückgang zu Beginn des Jahres, der bei weitem nicht so gravierend ausfiel wie in den übrigen Branchen, zeigt sich die Branche auch in der Krise sehr robust.

Die rezessive Weltwirtschaft sowie die starke Exportabhängigkeit Deutschlands sind zwei der Hauptfaktoren für die schwierige konjunkturelle Lage im Land. Auch die Unternehmen in FrankfurtRheinMain sind von der stark gesunkenen Nachfrage bei vielen Handelspartnern betroffen. Besonders der Maschinenbau und die Hersteller von Metallerzeugnissen bekamen dies im Jahresverlauf zu spüren. Die Stimmung der Industrie jedoch, besonders bei den Investitionsgüterproduzenten, ist zum Herbst hin wieder gestiegen. Hier spiegeln sich die gestiegenen Exporterwartungen der Branche wider: Rund 21 Prozent der Unternehmen gehen von steigenden Exportgeschäften in den kommenden zwölf Monaten aus. Die Situation bezüglich der Auftragseingänge, sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland, hat sich zum Herbst hin leicht verbessert: 13 Prozent der Unternehmen berichten von einem Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland in den vergangenen Monaten. Einen Rückgang der Aufträge in den letzten Monaten melden derzeit in der Region knapp 43 Prozent der Unternehmen, was trotzdem eine Verbesserung gegenüber der Situation im Frühsommer bedeutet. Damals berichteten noch 70 Prozent von fallenden Auftragseingängen.

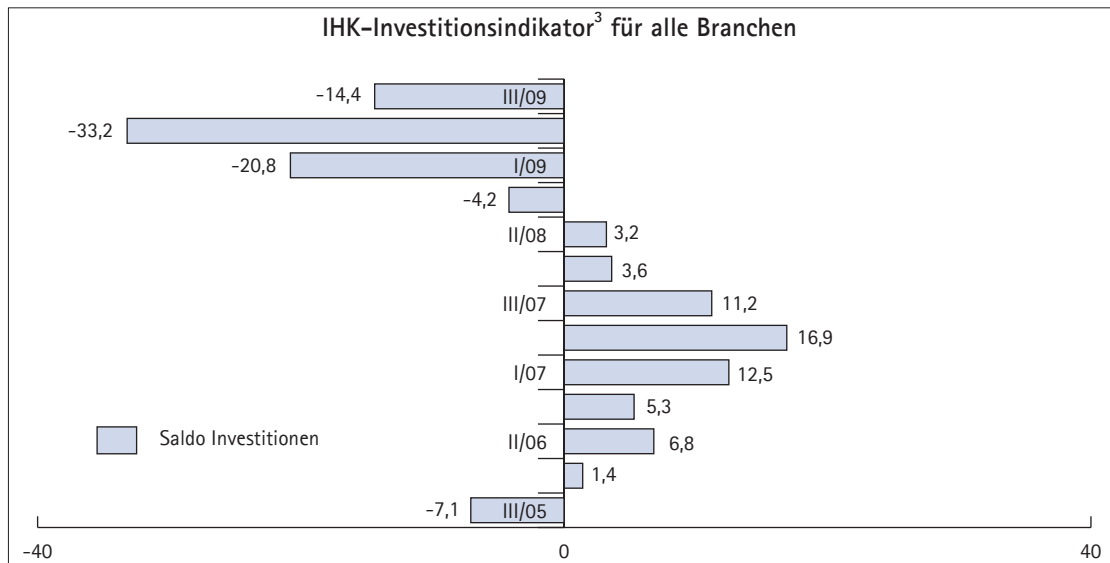


² Der IHK-Exportindikator wird als Saldo aus den gewichteten positiven Antworten (Antwort: „werden steigen“) und negativen Antworten (Antwort: „werden sinken“) ermittelt. Neutrale Aussagen bleiben unberücksichtigt.

Ähnlich wie die Industrie entwickelte sich auch die Verkehrswirtschaft. Zunehmende Auftragseingänge und Güterproduktionen in der Industrie bedeuten auch eine vermehrte Nachfrage nach Transportleistungen. Die Dienstleistungsbranche hat sich im Verlauf dieses Jahres relativ robust gezeigt: Die Stimmungseintrübung fiel weniger gravierend aus als in anderen Branchen. Bei den Wirtschafts- und Unternehmensberatern beurteilen derzeit über 80 Prozent der Unternehmen zum Herbst hin ihre aktuelle Lage als „gut“ oder „befriedigend“. Ebenfalls 80 Prozent haben steigende bzw. gleich bleibende Erwartungen bezüglich des Geschäftsverlaufs in den kommenden Monaten. Die Werbungs- und Marktforschungsunternehmen hingegen haben im gesamten Jahresverlauf die Krise stärker gespürt: Unternehmen sparen in schlechten Zeiten häufig sehr schnell an Ausgaben für diese Leistungen. Die meisten Unternehmen der Branche rechnen mit einem gleich bleibend moderaten Geschäftsverlauf und knapp ein Drittel sieht die künftige Entwicklung sogar eher negativ.

Der private Konsum zeigt sich, anders als in anderen Industrieländern, erstaunlich stabil. Hierin liegt nach wie vor eine der Stützen der hiesigen Wirtschaft. Besonders die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat zu dieser Stabilität beigetragen. Auch die stagnierende Preisentwicklung wirkt sich stärkend auf die Konsumgüternachfrage aus. Einige Konsumbranchen in FrankfurtRheinMain, wie das Gastgewerbe und der Einzelhandel, sind im Branchenvergleich eher verhalten gestimmt: In den kommenden Monaten wird mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet, was sich in rückläufiger Kaufkraft und damit auch in geringen Umsatzzahlen niederschlagen könnte.

Die Investitionsplanungen der Unternehmen in FrankfurtRheinMain waren zu Jahresbeginn verhalten. Im Frühsommer wurden die Investitionsaussichten noch trüber. 45 Prozent der Unternehmen planten ihre Investitionen zurückzufahren, wohingegen lediglich knapp 12 Prozent mit verstärkten Investitionsausgaben rechneten. Gegen Herbst hat sich die Lage wieder etwas entspannt. Die Unternehmen planen zunehmend mit steigenden Investitionen. Der Anteil der Unternehmen, der seine Investitionen ausbauen will, liegt jedoch nach wie vor unter dem Anteil, der seine Investitionsausgaben verringern möchte. Primäres Investitionsmotiv in FrankfurtRheinMain ist bei mehr als der Hälfte der Unternehmen der Ersatzbedarf.



Eine flächendeckende Kreditklemme in der Region lässt sich gegenwärtig nicht ausmachen. Der Anteil der Unternehmen, bei denen Kredite abgelehnt oder nicht verlängert wurden, hat sich leicht von 2,7 Prozent im Frühsommer auf drei Prozent erhöht. Jedoch berichten rund 28 Prozent der Unternehmen von verschlechterten Kreditkonditionen. Die verschlechterten Konditionen zeigen sich vor allem in gestiegenen Zinsen (rund 61 Prozent), erhöhten Sicherheitsanforderungen (knapp 63 Prozent) und zunehmenden Dokumentationspflichten (41 Prozent). In der Region FrankfurtRheinMain sind davon hauptsächlich Betriebsmittel- und Investitionskredite betroffen. Lediglich knapp acht Prozent haben bessere Konditionen erhalten als im Vorjahr.

³ Der IHK-Investitionsindikator wird als Saldo aus den gewichteten positiven Antworten (Antwort: "werden steigen") und negativen Antworten (Antwort: "werden sinken") ermittelt. Neutrale Aussagen bleiben unberücksichtigt.

Prognose 2010 – Konjunkturelle Erholung braucht Zeit

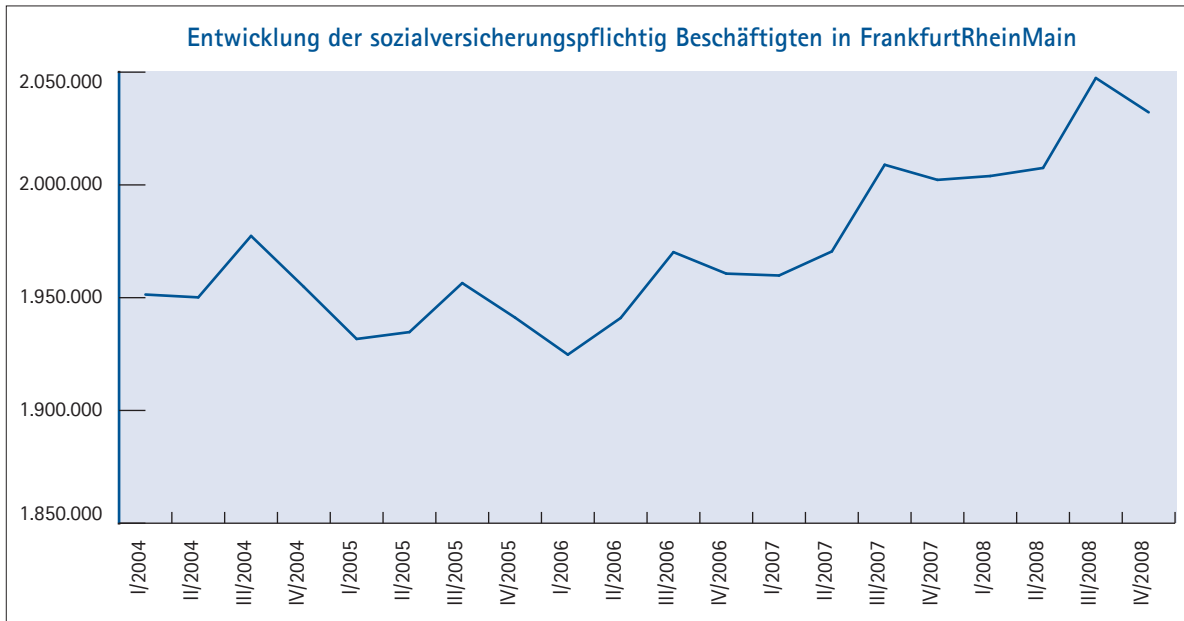
Die wirtschaftliche Lage hat sich aktuell wieder etwas stabilisiert – auch die Erwartungen bezüglich der nächsten Monate sind bei den Unternehmen deutlich angestiegen. Für das kommende Jahr rechnet die IHK-Organisation für Deutschland mit einem BIP-Wachstum von annähernd zwei Prozent. Der Anteil an Unternehmen in FrankfurtRheinMain, der von einem besseren Geschäftsverlauf ausgeht, hat sich im Jahresverlauf ebenfalls stark erhöht und entspricht mittlerweile nahezu dem Anteil der Unternehmen, die mit einem schlechteren Geschäftsverlauf rechnen. Jedoch hat die Wirtschaft in FrankfurtRheinMain noch einen langen Weg vor sich, bevor die Konjunktur wieder an das Niveau zu Jahresbeginn 2008 anknüpfen kann.

Seit Ende 2008 leiden die exportabhängigen Branchen unter dem Einbruch der Auslandsnachfrage. In der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres hat sich die Exporttätigkeit jedoch wieder belebt. Es ist davon auszugehen, dass die Exporte auch in 2010 weiterhin anziehen und damit ihren positiven Anteil zum Wirtschaftswachstum leisten werden. Für Deutschland erwartet die IHK-Organisation in 2010 einen Zuwachs von 5,5 Prozent bei den Exporten. Die Unternehmen der Region rechnen zu 21,2 Prozent mit steigenden Exportgeschäften. Insbesondere die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten gehen für die kommenden Monate von zunehmenden Exportzahlen aus.

Der private Konsum hat sich bislang in der Krise als wichtige Stütze der Wirtschaft erwiesen. Mit dem Auslaufen der Abwrackprämie, die für temporär gute Absatzzahlen gesorgt hat, wird auch die Nachfrage nach PKWs wieder zurückgehen. Die zu erwartende schlechtere Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich ebenfalls in sinkenden Konsumausgaben niederschlagen. Die IHK-Organisation erwartet daher für das Jahr 2010 in Deutschland einen Rückgang von 0,5 Prozent beim privaten Konsum, was sich dann auch im Einzelhandel, im Gastgewerbe und in anderen konsumnahen Branchen bemerkbar machen wird.

Beschäftigungsprognose FrankfurtRheinMain 2010

Gesamtwirtschaft – Beschäftigung sinkt



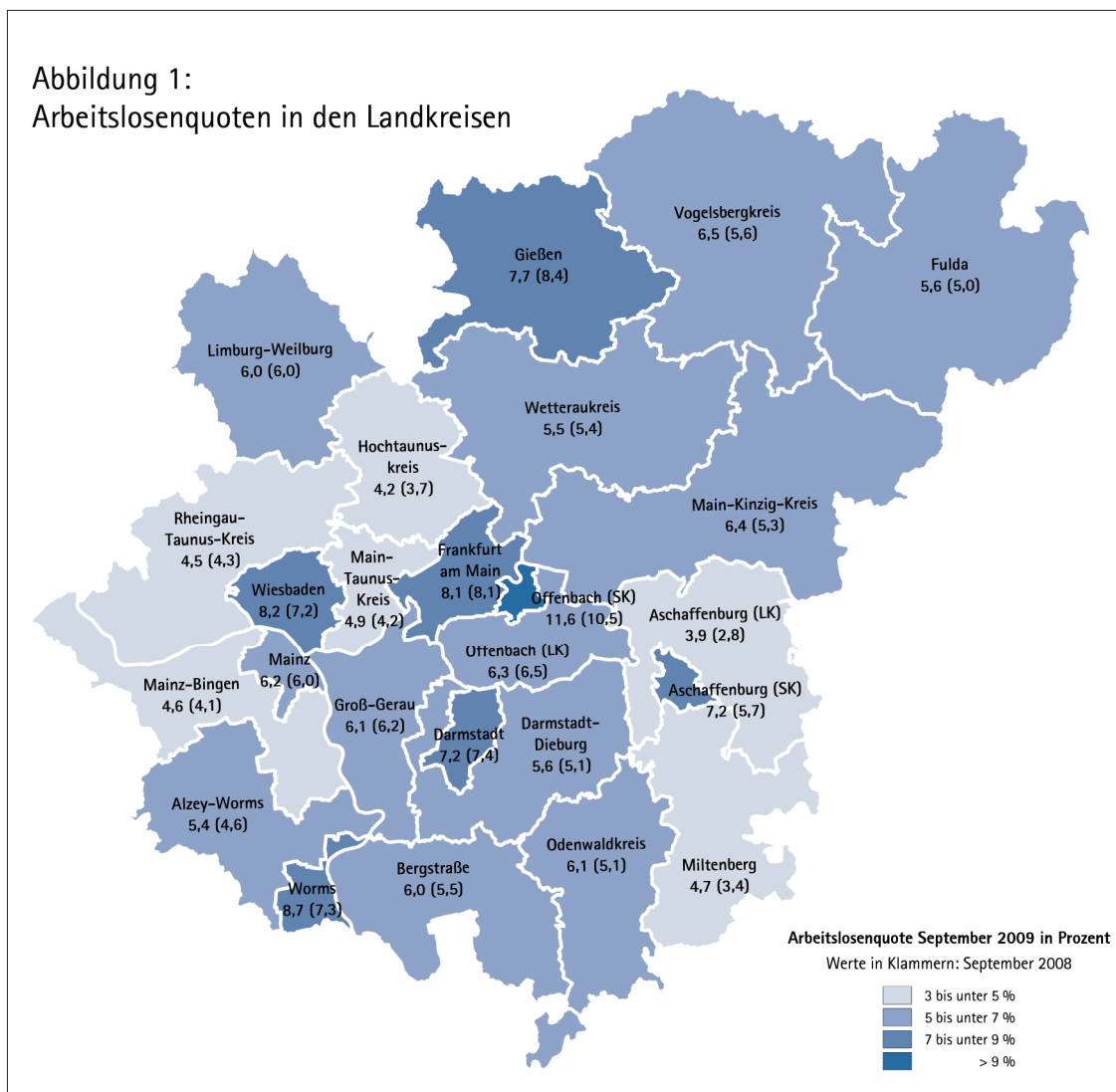
Prognose 2009:

Nach unseren Berechnungen wird bis zum Ende des Jahres 2009 die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 0,75 Prozent sinken. Das entspricht einer Reduktion um rund 15.000 auf insgesamt 2.017.000 Stellen. Folglich schlägt die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 noch relativ moderat auf die Beschäftigungssituation in FrankfurtRheinMain durch.

Die gesamte Weltwirtschaft ist von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. In den letzten Jahren konnten zunehmend mehr mittelständische Unternehmen durch ihre Innovationskraft von der Globalisierung der Märkte profitieren. Aufgrund der stark eingebrochenen Auslandsnachfrage erweist sich die Exportstärke der deutschen Wirtschaft allerdings als Bumerang. Was als Immobilienkrise in den USA begann, hat binnen weniger Monate über eine internationale Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergegriffen. Auch die Region FrankfurtRheinMain kann sich davon nicht befreien.

Die Beschäftigung reagiert mit zeitlicher Verzögerung auf konjunkturelle Entwicklungen. Die Arbeitslosenquoten in den Landkreisen der Region im September 2009 zeigen: Es gibt eine relativ große Spanne in der Arbeitslosigkeit in FrankfurtRheinMain. Im Landkreis Aschaffenburg mit einer Arbeitslosenquote von 3,9 Prozent, im Hochtaunuskreis (4,2 Prozent), im Rheingau-Taunus-Kreis (4,5 Prozent) oder in

Mainz-Bingen (4,6 Prozent) ist eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In den Zentren Darmstadt mit 7,1 Prozent, Frankfurt (8,1 Prozent), Wiesbaden (8,2 Prozent) und Offenbach (11,6 Prozent) ist die Arbeitslosigkeit dagegen deutlich höher. Allerdings zeigt die Abbildung 1 (Arbeitslosenquoten in den Landkreisen) auch, dass die Arbeitslosigkeit gegenüber September 2008 trotz der starken Wirtschaftskrise nur wenig gestiegen ist. Im September 2009 waren in FrankfurtRheinMain insgesamt 180.300 Personen arbeitslos gemeldet. Im Vorjahresmonat waren es 11.900 weniger.



Ein wichtiger Grund, warum der Arbeitsmarkt sich bisher trotz stark gesunkener Wirtschaftstätigkeit noch robust zeigt, ist die Kurzarbeit. Die Unternehmen setzen das Instrument der Kurzarbeit ein, um dadurch ihre Fachkräfte auch in der Krise halten zu können. Die erweiterten Regelungen der Bundes-

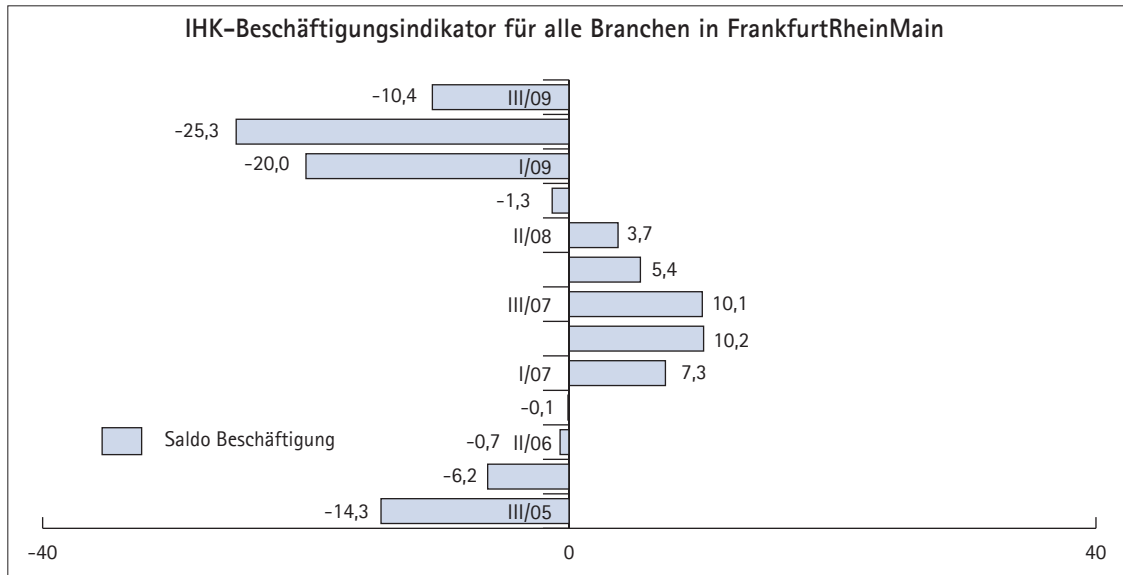
regierung für den Bezug von Kurzarbeitergeld dienen somit derzeit als Puffer auf dem Arbeitsmarkt. In der Region FrankfurtRheinMain waren im Juni 2009 rund 81.500 Beschäftigte in der Kurzarbeit. Dies entspricht bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von knapp einem Drittel der Arbeitszeit rund 26.000 Vollzeitstellen. Bei insgesamt 180.300 erwerbslos gemeldeten Personen wird deutlich, welche entlastende Wirkung von der Kurzarbeit ausgeht.

Kurzarbeit ist für die Unternehmen nicht kostenlos

Die IHK-Organisation hat die vereinfachten Regelungen der Bundesregierung beim Bezug von Kurzarbeitergeld befürwortet. Beispielsweise wurde die maximale Bezugsdauer auf 24 Monate verlängert. Allerdings weist die IHK-Organisation bereits seit längerem darauf hin, dass dieses Instrument nur kurzfristig helfen kann. Kurzarbeit ist für die Betriebe nicht zum Nulltarif zu haben.

Forschungsinstitute wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg sowie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln haben berechnet, welche Kosten den Unternehmen während der Kurzarbeit entstehen. Als Ergebnis bleiben zwischen 25 und 35 Prozent der Lohnkosten beim Arbeitgeber hängen. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und (zumindest teilweise) Sozialabgaben sind weiterhin vom Arbeitgeber zu tragen. In manchen Tarifverträgen ist darüber hinaus vereinbart, dass die Betriebe das Kurzarbeitergeld der Bundesagentur für Arbeit auf bis zu 90 Prozent des Nettolohnes anheben müssen. In diesen Fällen kann die Belastung der Unternehmen auf bis zu 48 Prozent der ursprünglichen Lohnkosten steigen, ohne dass diesen Kosten produktive Leistungen der Kurzarbeiter gegenüber stehen. Die Kosten für die gesamte deutsche Wirtschaft dürften sich allein für das Jahr 2009 auf 4,2 bis 6,2 Mrd. Euro beziffern.

Die Produktionsauslastung der Unternehmen ist stark gesunken – allerdings sind die Personalkosten nicht im gleichen Umfang reduziert worden. Dadurch steigen die Lohnstückkosten. In der Metall- und Elektroindustrie lagen die Lohnstückkosten im zweiten Quartal 2009 rund 30 Prozent höher als im Vorjahr; in der gesamten deutschen Industrie lag der Anstieg bei rund 9 Prozent. Diesen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit können sich die Unternehmen nicht lange leisten – insbesondere nicht im internationalen Vergleich. Die Rückmeldungen der Unternehmen zeigen: Viele Betriebe sind gezwungen, bereits vor Ablauf der 24 Monate aus der Kurzarbeit zumindest teilweise auszusteigen und Beschäftigung abzubauen.

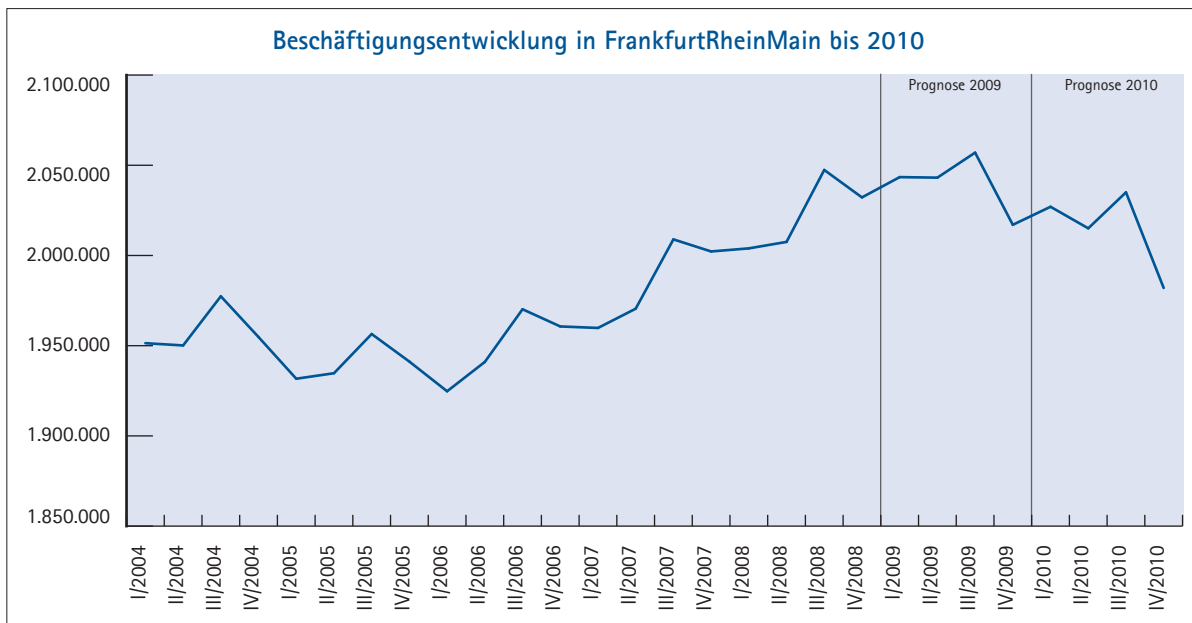


Der IHK-Beschäftigungsindikator für die Unternehmen in FrankfurtRheinMain ist bereits im Jahr 2008 stetig gefallen. Zum Jahresbeginn 2009 sackte der Indikator dann auf minus 20 Punkte ab. Fast 30 Prozent aller Unternehmen planten ihr Personal weiter zu reduzieren. Den Tiefstwert erreichte der Indikator zum Frühsommer mit minus 25 Punkten. Zur Herbstumfrage verbesserte sich der Wert allerdings wieder auf minus 10 Punkte.

Der IHK-Beschäftigungsindikator

Der Beschäftigungsindikator wird aus der Frage nach der geplanten Beschäftigung in den kommenden zwölf Monaten berechnet. Er ist der Saldo aus den positiven Antworten („wird steigen“) und den negativen Antworten („wird sinken“). Insgesamt werden in der Region FrankfurtRheinMain rund 5.000 Unternehmen drei Mal jährlich nach ihren Beschäftigungsabsichten befragt. Da bei dieser Umfrage nur bereits länger am Markt bestehende Unternehmen befragt werden, wird der Indikator systematisch verzerrt. Tatsächlich findet eine ständige Fluktuation im Unternehmenssektor statt. Damit werden zum einen auch Unternehmen befragt, die demnächst vom Markt ausscheiden werden und deshalb von einem Beschäftigungsrückgang ausgehen. Zum anderen können diejenigen Unternehmen nicht befragt werden, die erst in nächster Zeit gegründet werden. Diese tragen aber nennenswert zur tatsächlichen Beschäftigung bei. Dementsprechend wäre ein Beschäftigungsindikator von Null mit einem erheblichen Zuwachs an Arbeitsplätzen verbunden, obwohl er zunächst auf Stagnation hindeuten würde.

Prognose 2010 – Krise trifft Arbeitsmarkt stärker



Prognose 2010:

Nach unseren Analysen rechnen wir derzeit damit, dass in der Region FrankfurtRheinMain im Jahr 2010 rund 1,75 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wegfallen werden. Das bedeutet einen Abbau von rund 35.000 auf insgesamt 1.982.000 Stellen. Die Entwicklung wird in den einzelnen Branchen unterschiedlich verlaufen.

	Prognose 2009			Prognose 2010		
	Entwicklung absolut	Veränderungsrate in Prozent	Sozialvers.-pfl. Beschäftigte Ende 2009	Entwicklung absolut	Veränderungsrate in Prozent	Sozialvers.-pfl. Beschäftigte Ende 2010
Gesamtwirtschaft	-15.000	-0,75	2.017.000	-35.000	-1,75	1.982.000
Industrie	-14.000	-3,5	389.500	-17.500	-4,5	372.000
Baugewerbe	-1.500	-1,8	89.600	-2.000	-2,3	87.600
Dienstleistungen	2.400	0,2	1.214.500	-9.200	-0,75	1.205.300
Handel	-1.800	-0,6	302.300	-6.000	-2,0	296.300
Sonstige*	-100		21.100	-300		20.800

*Dies umfasst die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht sowie statistisch nicht zuzuordnende Beschäftigungen.

Die IHK-Organisation rechnet für das Jahr 2010 mit einer leichten Erholung der Konjunktur in Deutschland. Die derzeit prognostizierten 2,0 Prozent BIP-Wachstum werden allerdings nicht ausreichen, um den starken Einbruch des Jahres 2009 auszugleichen. Nach Aussage der Unternehmen werden sie ihren Beschäftigungsstand weiter nach unten anpassen müssen.

Wann genau diese Anpassungen stattfinden und somit die Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt stärker durchschlägt, wird davon abhängen, wie lange das Instrument der Kurzarbeit als Puffer dienen wird. Die Bundesregierung hat die Regelungen des Bezuges von Kurzarbeitergeld stark erweitert. Allerdings werden nicht alle Unternehmen die maximale Bezugsdauer von 24 Monaten ausreizen können, weil die Kurzarbeit Kosten verursacht. Demzufolge wird im Laufe des Jahres 2010 ein stärkerer Abbau der Beschäftigung stattfinden als im Jahr 2009.

Die Herbstumfrage des IHK-Forums Rhein-Main zeigt deutlich: Das Jahr 2010 wird für den Arbeitsmarkt schwieriger als das Jahr 2009. Immerhin 45 Prozent wollen auf Neueinstellungen verzichten, 31 Prozent reduzieren die Arbeitszeit. Jeder vierte Betrieb will befristete Angestellte nicht weiter beschäftigen und 18 Prozent setzen weiterhin auf Kurzarbeit.

Die Rückmeldungen der Unternehmen machen auch folgendes deutlich: Wenn die Geschäftslage sich wieder verbessert, besteht im derzeitigen Kündigungsschutz die größte Hürde für Neueinstellungen. Nahezu jedes zweite Unternehmen nennt flexiblere Regelungen beim Kündigungsschutz als wichtigsten Punkt, um schneller neues Personal einzustellen. Gerade für kleinere Unternehmen, die keine gesonderte Personal- oder Rechtsabteilung haben, sind die Kosten des Kündigungsschutzes, der bürokratische Aufwand und die Rechtsunsicherheit nicht zu unterschätzende Hindernisse.

Auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich das in einem erschwerten Einstieg wider. Gerade für Arbeitslose ist es zunehmend schwierig, schnell einen neuen Job zu finden. Die Folge ist eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit: Mehr als jeder zweite Arbeitslose ist in Deutschland länger als 12 Monate ohne Job – ein trauriger Spitzenwert innerhalb der EU.

Die Vereinbarungen der neuen Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zum Arbeitsmarkt sind aus Sicht der Unternehmen nicht überzeugend. Zwar soll die Möglichkeit der Befristung leicht verbessert werden: Nach einer Wartezeit von einem Jahr soll eine sachgrundlos befristete Einstellung möglich sein, auch wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein Arbeitsverhältnis bestanden hat. Dies ist derzeit

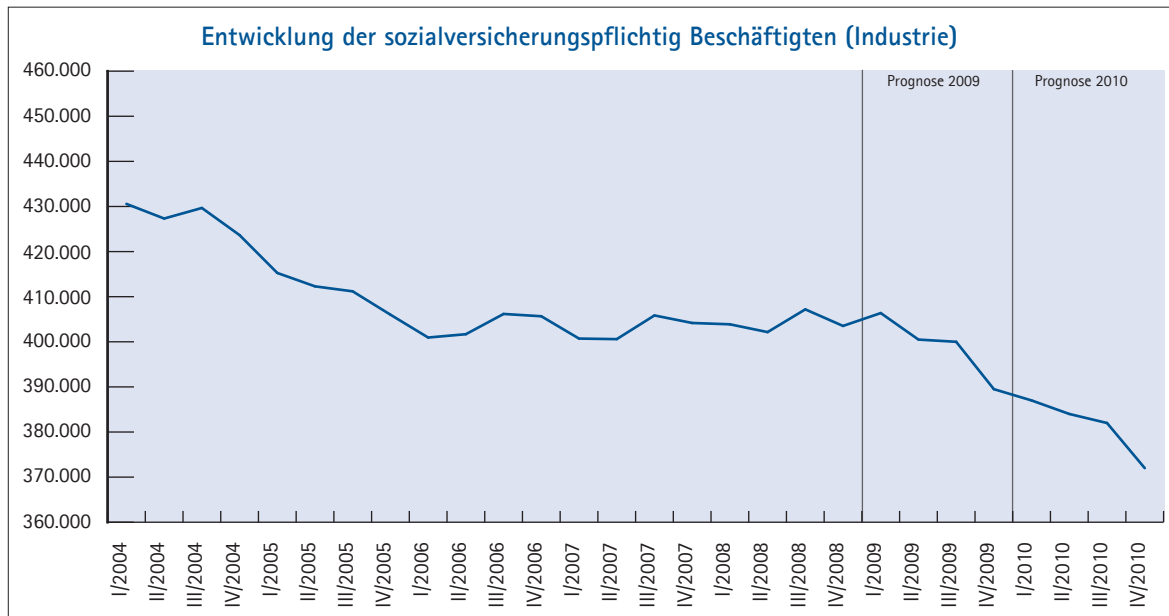
nicht möglich. Allerdings gehen die Verbesserungen der Befristungsregelung nicht weit genug. Darüber hinaus wird der Kündigungsschutz im Koalitionsvertrag nicht erwähnt. Hier bedarf es mehr Reformmut, um die Einstellungsbereitschaft im kommenden Aufschwung zu fördern.

Die IHK-Organisation plädiert dafür, die Schwelle, ab der der Kündigungsschutz gilt, von derzeit 10 auf 20 Beschäftigte anzuheben. Zudem sollte es möglich sein, bei Abschluss eines Arbeitsvertrages alternativ eine angemessene Abfindungszahlung zu vereinbaren. Dadurch würde Rechtssicherheit geschaffen und die Bereitschaft steigt, neue Stellen zu schaffen. Darüber hinaus sollten Unternehmen die Möglichkeit haben, Arbeitnehmer, die im letzten halben Jahr nicht in dem Betrieb beschäftigt waren, bis zu vier Jahre befristet einsetzen zu können. Gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Situation scheuen viele Unternehmen davor zurück, befristet Beschäftigten eine Festanstellung zu geben.

Nach Aussage der Unternehmen sind die besagte Lockerung des Kündigungsschutzes (48 Prozent der Unternehmen) sowie weniger Sozialbeiträge (41 Prozent) die wichtigsten Voraussetzungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In einer Lockerung der Befristungsmöglichkeit sehen 28 Prozent ebenfalls einen stärkeren Anreiz für neue Stellen. Eine Lohnzurückhaltung (25 Prozent) sowie die erleichterte Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte (5 Prozent) sehen die Betriebe als weniger wichtig an.

Entwicklung in ausgewählten Sektoren

Industrie – stark vom Einbruch der Exportnachfrage getroffen



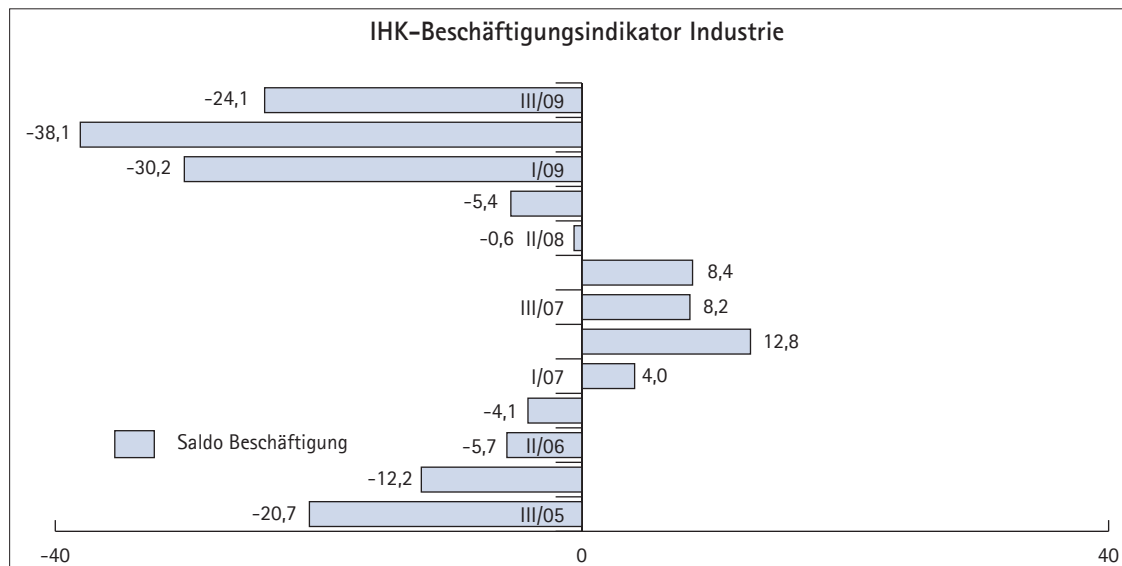
Prognose 2009:

Für das Jahr 2009 rechnen wir auf Basis unserer Analysen damit, dass in der Industrie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 3,5 Prozent sinken wird. Dies entspricht einer Abnahme um rund 14.000 auf 389.500 Beschäftigungsverhältnisse. Die von der Krise weitgehend verschonte Pharmabranche verhindert dabei einen noch größeren Stellenabbau.

Der Industriesektor ist von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise am stärksten betroffen. Insbesondere die exportorientierten Industrieunternehmen leiden unter dem starken Einbruch der Auslandsnachfrage seit dem Spätherbst 2008. Die Investitionsgüterproduzenten sind besonders in Mitleidenschaft gezogen, aber auch die Vorleistungsgüterindustrie hat starke Auftragseinbrüche zu verzeichnen. Der in der Region FrankfurtRheinMain relativ große Pharmabereich ist demgegenüber recht gut durch die Krise gekommen. Diese Branche wirkt stabilisierend auf die Industrie.

Die schlechte Entwicklung der Auftragslage macht sich auch in den Beschäftigungsplanungen der Industrieunternehmen bemerkbar. Bereits im Herbst 2008 fiel der IHK-Beschäftigungsindikator in den negativen Bereich. Zunehmend mehr Unternehmen des industriellen Sektors planten in den nachfolgenden zwölf Monaten ihr Personal zu reduzieren. Zu Jahresbeginn 2009 setzte sich dieser negative Trend fort.

Der IHK-Beschäftigungsindikator sank auf einen Wert von minus 30 Punkten. Immerhin 37 Prozent der Industrieunternehmen beabsichtigten zu Jahresbeginn die Zahl ihrer Beschäftigten in den kommenden zwölf Monaten zu reduzieren – trotz Nutzung der Kurzarbeit.



Im Frühsommer 2009 hatte der Indikator seinen Tiefpunkt erreicht. Bei einem Wert von minus 38 Punkten wollten 42 Prozent aller Industrieunternehmen in den kommenden Monaten ihr Personal reduzieren. In der Herbstumfrage besserte sich dieser Wert etwas. Jedoch planen immer noch 31 Prozent der Unternehmen einen Beschäftigungsabbau.

Ausblick 2010: Beschäftigungsabbau wird sich verstärken

Prognose 2010:

Nach unseren Analysen rechnen wir derzeit damit, dass im Jahr 2010 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Industrie um 4,5 Prozent sinken wird. Somit werden rund 17.500 Beschäftigungsverhältnisse wegfallen. Es werden Ende 2010 rund 372.000 Personen insgesamt in der Industrie beschäftigt sein. Nicht berücksichtigt wurde die Entwicklung der Beschäftigung bei Opel im Kreis Groß-Gerau. In der Diskussion steht eine Personalreduktion von gut 1.400 Stellen bis zum Jahr 2011 im Rüsselsheimer Stammwerk. Wie viele Stellen im Jahr 2010 tatsächlich wegfallen werden, ist derzeit noch offen.

Die rasante Talfahrt in der Produktionstätigkeit der Industrie konnte in der zweiten Jahreshälfte 2009 gestoppt werden. Allerdings liegen die Umsätze durchschnittlich rund 15 Prozent unter den Werten des Vorjahres. In bestimmten Industriezweigen fällt der Rückgang noch deutlich stärker aus: Im Maschinenbau wird erwartet, dass die Produktion im Jahr 2009 um ein Fünftel unter dem Niveau des Jahres 2008 liegen wird. Die Erwartungen für das kommende Jahr zeigen dennoch nach oben. Die Unternehmen rechnen mit einer Erholung auf niedrigem Niveau. Der starke Einbruch der vergangenen Monate wird jedoch nicht aufgeholt.

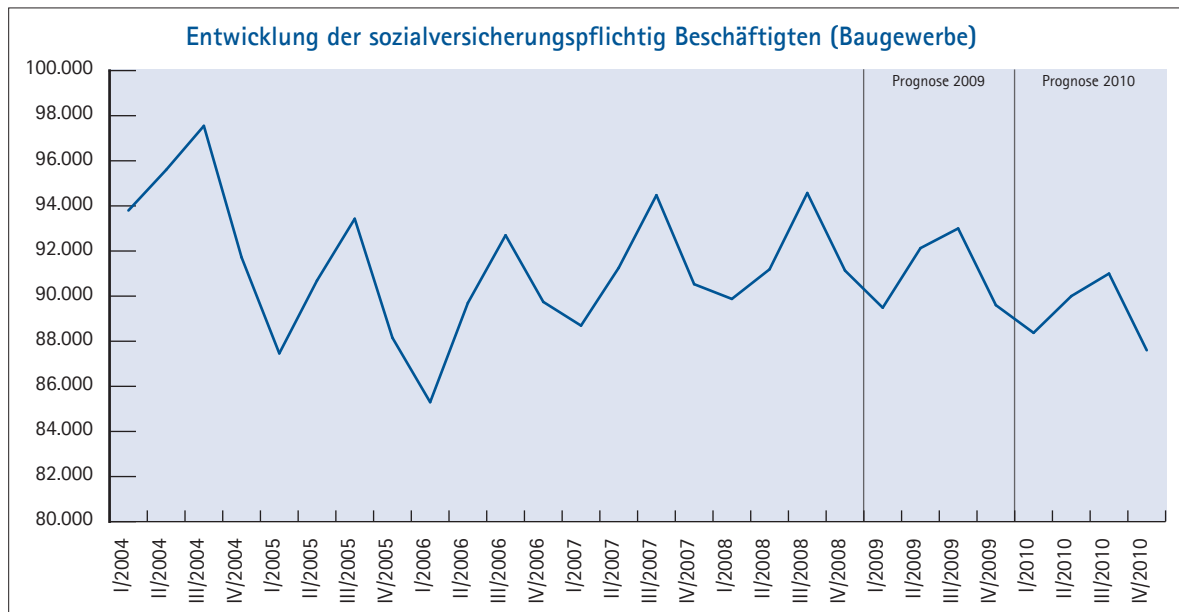
Nachdem in den exportgetriebenen Boomjahren 2006-2008 in der Industrie die Beschäftigung stark aufgebaut wurde, kann dieser hohe Bestand bei erheblich geschrumpfter Produktion nicht aufrechterhalten werden. Während der Umsatz durchschnittlich um 15 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegt, reduzieren die Unternehmen ihre Beschäftigung jedoch im Jahr 2009 lediglich um 3,5 Prozent. Das bedeutet, dass die Lohnstückkosten steigen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährdet ist. Die Rückmeldungen der Unternehmen machen deutlich, dass sie ihre Produktionskapazitäten weiter werden anpassen müssen.

Aktuell plant annähernd ein Drittel der Industrieunternehmen ihre Beschäftigung in den kommenden zwölf Monaten abzubauen. Mehr als jedes zweite Unternehmen im Fahrzeugbau will Personal reduzieren. Personelle Einschnitte planen auch 40 Prozent der Gebrauchsgüterproduzenten sowie 38 Prozent der Unternehmen der Vorleistungsgüterindustrie. In der Pharmabranche wollen hingegen 92 Prozent

ihren Beschäftigungsstand halten. Dieser Industriezweig ist bisher am besten durch die Krise gekommen, da die Nachfrage wenig konjunkturanfällig ist.

Insgesamt wollen die kleinen und mittleren Unternehmen bis 200 Beschäftigte weniger Personal abbauen, als größere Betriebe. Allerdings haben Firmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten bereits jetzt schon Stellen abgebaut, so dass die zukünftige Personalplanung weniger pessimistisch ist. Jedes fünfte große Unternehmen plant jedoch weitere Stellenreduktionen.

Baugewerbe – Beschäftigungsabbau trotz Konjunkturprogramme

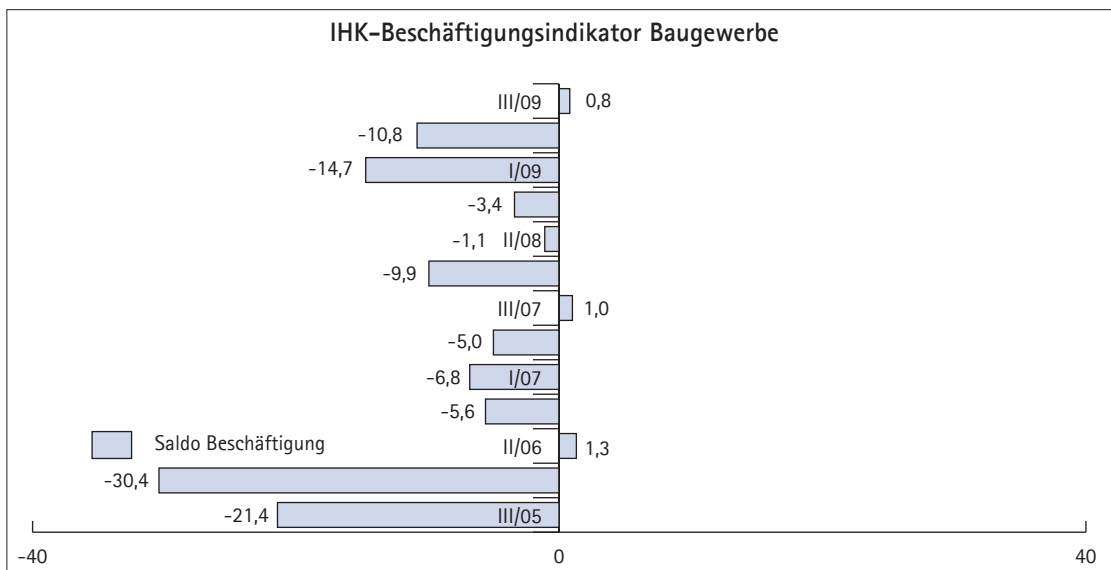


Prognose 2009:

Der IHK-Beschäftigungsindikator für das Baugewerbe lag bereits im gesamten Jahr 2008 im negativen Bereich. Der schlechteste Wert wurde dann zu Jahresbeginn 2009 erreicht. Rund ein Fünftel der Unternehmen in der Bauwirtschaft rechnete mit einem Stellenabbau. Im Frühsommer besserte sich dieser Wert etwas; der Beschäftigungsindikator stieg auf minus 11 Punkte. Für das Jahr 2009 zeigen unsere Berechnungen, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Baugewerbe um 1,8 Prozent bzw. rund 1.500 Stellen sinken wird. Somit werden Ende 2009 etwa 89.600 Personen im Baugewerbe beschäftigt sein.

Die Bauwirtschaft gibt derzeit ein gespaltenes Bild ab. Der Straßenbau und der öffentliche Tiefbau verzeichnen einerseits steigende Umsätze. Hier machen sich die Konjunkturprogramme und vorgezogene Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand bemerkbar. Andererseits sind die Aufträge im Wohnungsbau wie auch im gewerblichen und industriellen Bau kräftig gesunken. Die Wirtschaft hält sich derzeit bei Investitionen zurück. Geplante Projekte werden verschoben oder ganz gestrichen. Insgesamt liegt das Bauhauptgewerbe derzeit verglichen zum Vorjahr im Auftragsminus.

Beim Ausbaugewerbe sieht die Situation derzeit nicht viel besser aus. Hier legen die Unternehmen jedoch einige Hoffnung in die staatlichen Konjunkturprogramme und insbesondere in das hessische Sonderinvestitionsprogramm. In den nächsten Monaten werden daraus noch zahlreiche Maßnahmen an die Unternehmen vergeben. Allerdings wird der Beschäftigungsstand auch im Ausbaugewerbe nach Aussage der Unternehmen nicht zu halten sein.



Die schlechte Stimmung im Baugewerbe hat sich im Verlauf des Jahres leicht aufgehellt. Seit dem Tiefpunkt des IHK-Beschäftigungsindicators für das Baugewerbe zu Jahresbeginn 2009 verbesserte sich der Wert in der Region FrankfurtRheinMain. Er liegt im Herbst 2009 sogar leicht im positiven Bereich.

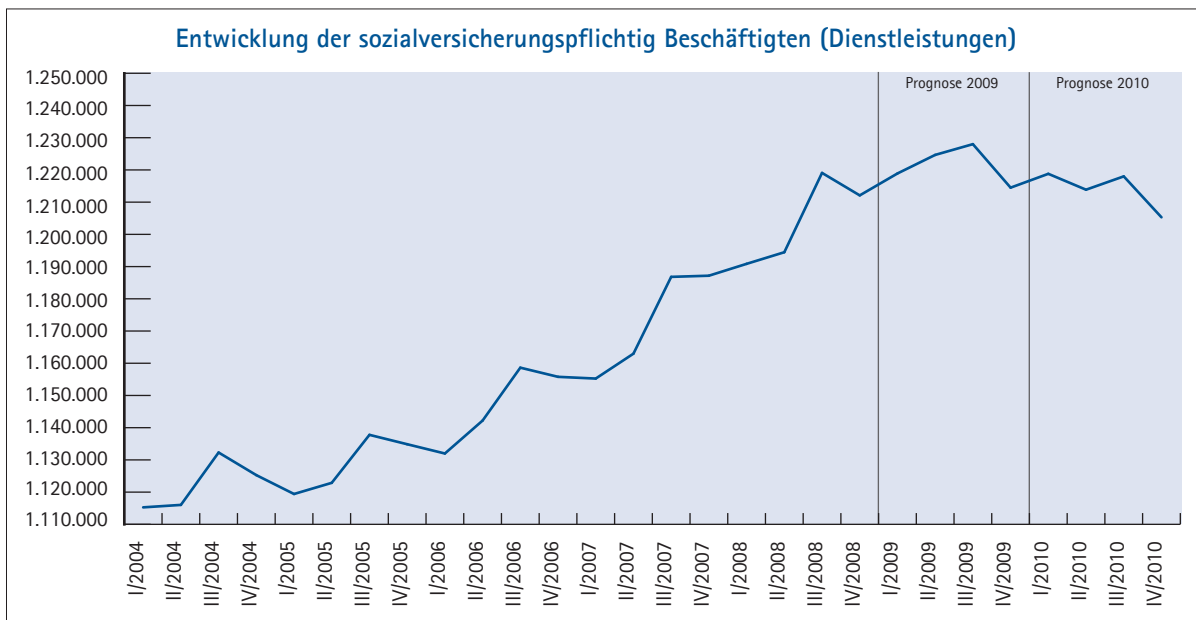
Ausblick 2010: Weitere Beschäftigungsanpassungen notwendig

Prognose 2010:

Für das gesamte Baugewerbe rechnen wir damit, dass im Jahr 2010 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 2,3 Prozent sinken wird. Dies bedeutet, dass rund 2.000 Stellen in diesem Bereich entfallen werden. Ende 2010 werden rund 87.600 Personen im Baugewerbe sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein.

Die Investitionstätigkeit der Wirtschaft und damit auch der Bau neuer Produktions- und Verwaltungsgebäude ist seit dem Einbruch in der Industrie im Herbst 2008 stark zurückgegangen. Bei einer leichten konjunkturellen Erholung, wie sie derzeit für das Jahr 2010 vorhergesagt wird, wird dieser Rückgang nicht komplett aufgeholt werden. Somit wird der gewerbliche und industrielle Bau auch im Jahr 2010 nicht richtig auf die Beine kommen. Vom Wohnungsbau wird bei steigenden Arbeitslosenzahlen ebenfalls kein zusätzlicher Impuls ausgehen. Die Aufträge aus den staatlichen Konjunkturprogrammen werden nach Aussage der Unternehmen diese Lücken nicht vollständig schließen können.

Dienstleistungen – bisher am besten durch die Krise gekommen

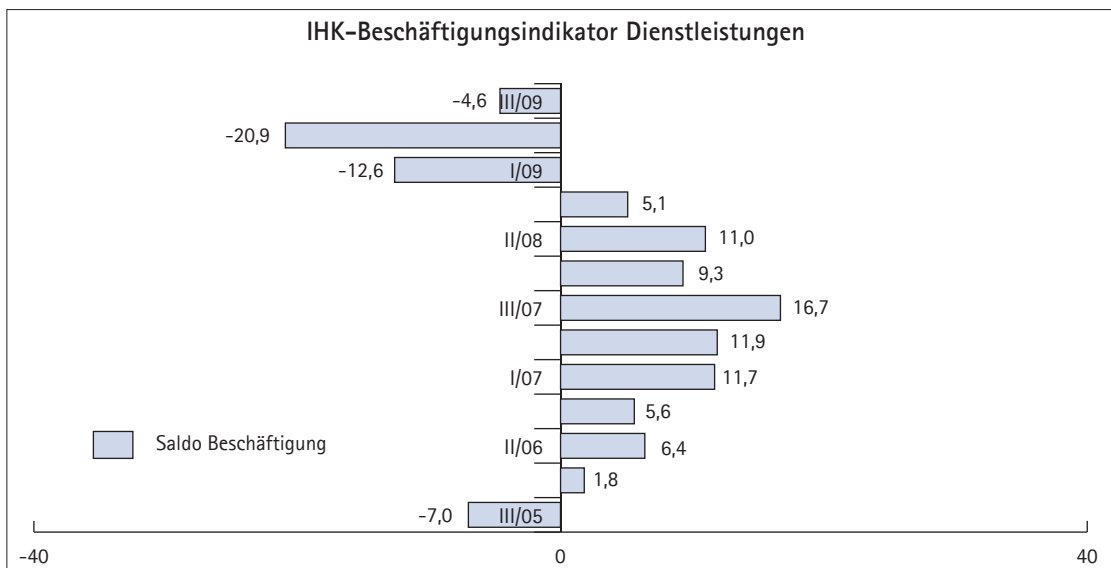


Prognose 2009:

Der IHK-Beschäftigungsindikator ist nach einem positiven Wert zum Ende des Jahres 2008 zu Jahresbeginn 2009 in den negativen Bereich gerutscht. Nach dem starken Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2008 um 2,1 Prozent rechnen wir für das Gesamtjahr 2009 mit einem sehr moderaten Beschäftigungsaufbau um 0,2 Prozent, was einem Anstieg von 2.400 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen entspricht. Es werden somit rund 1.214.500 Personen in der Dienstleistungsbranche beschäftigt sein. Die gute Beschäftigungsentwicklung dieses Sektors im Vorjahr strahlte noch in den Jahresbeginn 2009 aus. Somit erfolgte der überwiegende Teil des geringen Aufbaus in den ersten Monaten dieses Jahres.

Die Dienstleistungsunternehmen haben in den Jahren vor der Wirtschaftskrise ihr Personal stark erweitert. Obwohl die Dienstleistungsbranche nicht so exportabhängig ist wie beispielsweise die Industrie, hinterlässt die Wirtschaftskrise auch bei den Dienstleistern ihre Spuren. Insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen macht sich der deutliche Abschwung der Industrie bemerkbar. Beispielsweise leidet das Verkehrsgewerbe merklich unter der gesunkenen Produktion im Industriebereich. Güter, die nicht hergestellt werden, müssen auch nicht transportiert werden.

Allerdings ist der überwiegende Teil der Dienstleistungsunternehmen bisher relativ gut durch die Wirtschaftskrise gekommen. Dies ist auch der Tatsache zu verdanken, dass der private Konsum sich als stabilisierender Faktor erwiesen hat. Aufgrund des noch relativ robusten Arbeitsmarktes sind die Ausgaben für private Dienstleistungen seit Ausbruch der Krise nicht gesunken. Die Konsumlaune wirkt stabilisierend und hält sich weiterhin auf einem hohen Niveau.



Der IHK-Beschäftigungsindikator der Dienstleistungsbranche hat sich bis zum Frühsommer 2009 negativ entwickelt. Zum Herbst verbesserte sich der Indikator bereits wieder auf einen Wert von minus 5 Punkten. Jedoch planen aktuell immerhin 21 Prozent der Dienstleister, ihr Personal in den kommenden zwölf Monaten zu reduzieren. Diese Planungen zeigen, dass im Jahr 2010 kein weiterer Beschäftigungsaufbau erfolgen wird, sondern auch im Dienstleistungssektor ein Stellenabbau einsetzen wird.

Ausblick 2010: Auch die Dienstleistungsbranche reduziert Beschäftigung

Prognose 2010:

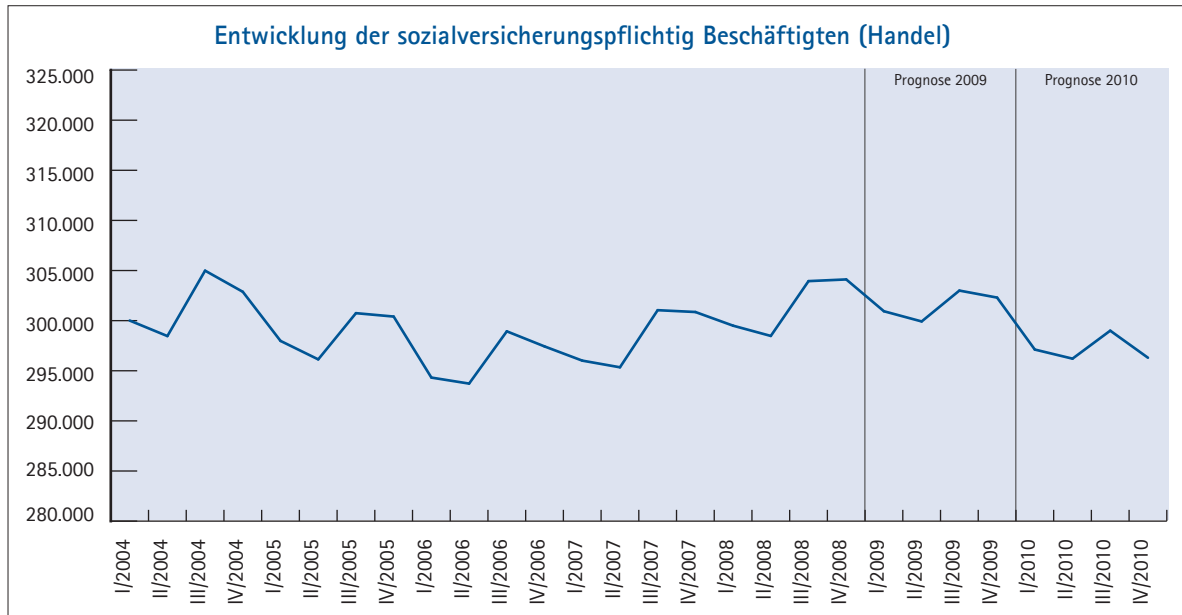
Der Dienstleistungssektor ist sehr heterogen. Insgesamt betrachtet wird in diesem Bereich jedoch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2010 sinken. Der Stellenabbau wird allerdings mit minus 0,75 Prozent relativ gering ausfallen. Dies entspricht einer Reduktion um rund 9.200 auf 1.205.300 Stellen.

Nachdem die Dienstleistungsunternehmen bisher von allen Branchen am besten durch die Krise gekommen sind, wird im Jahr 2010 nach Aussage der Unternehmen der hohe Beschäftigungsstand nicht mehr zu halten sein. Steigende Arbeitslosenzahlen werden im kommenden Jahr auf die Konsumlaune drücken. Somit werden nach den unternehmensnahen auch die konsumnahen Dienstleistungen stärker von der Wirtschaftskrise erfasst. Jedoch werden die Beschäftigungsanpassungen relativ moderat ausfallen.

Die Werbe- und Marktforschungsbranche verspürt merklich die geringeren Etats der von der Wirtschaftskrise betroffenen Auftraggeber. Fast jedes dritte Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges will daher in den kommenden zwölf Monaten ihr Personal reduzieren. Jedes dritte Unternehmen des Gastgewerbes plant ebenfalls einen Stellenabbau. Im bereits angesprochenen Verkehrsgewerbe wird jeder vierte Betrieb Personal streichen. Jede fünfte Firma der unternehmensbezogenen Dienstleistungen will Beschäftigungsreduktionen durchführen.

Einige Dienstleistungsbereiche werden nach den Rückmeldungen der Unternehmen hingegen auch im kommenden Jahr weiterhin Beschäftigung aufbauen. Beispielsweise plant fast jede zweite Zeitarbeitsfirma wieder Einstellungen vorzunehmen. Ebenso wird in den Bereichen der personenbezogenen Dienstleistungen und der Informations- und Kommunikationswirtschaft zusätzliche Beschäftigung entstehen. Mehr als jedes dritte Unternehmen der Rechts- und Steuerberatung sowie der Wirtschaftsprüfung plant einen Stellenaufbau.

Handel – Beschäftigungsabbau nicht zu vermeiden



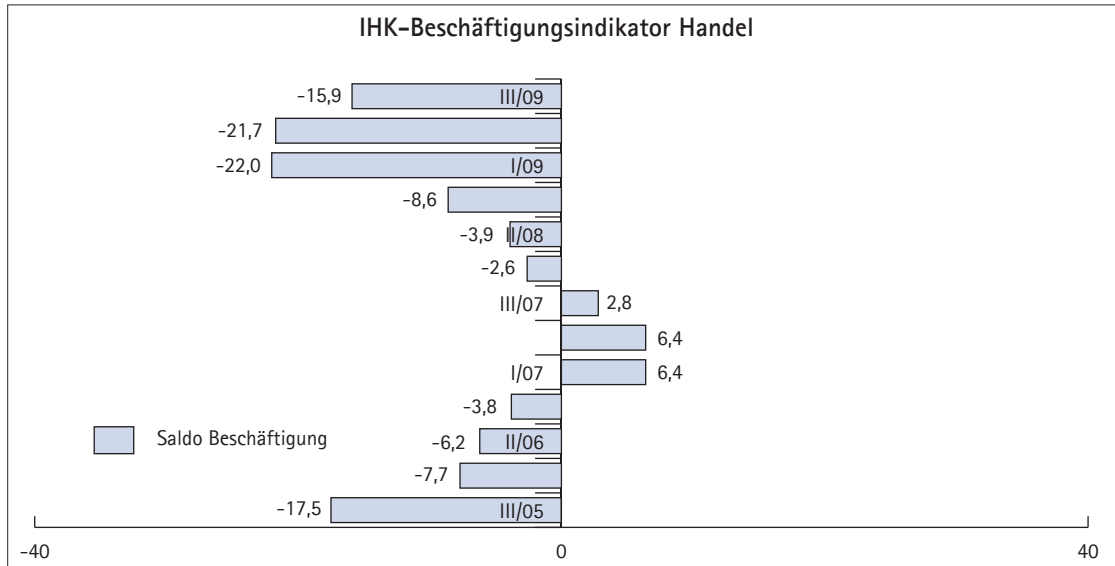
Prognose 2009

Für das Jahr 2009 rechnen wir auf Basis unserer Analysen mit einer Reduktion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Handel um 0,6 Prozent. Dies entspricht einer Streichung von rund 1.800 auf 302.300 Stellen.

Die Unternehmen des Handels haben während der Boomjahre vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise nur wenig am Aufschwung teilgehabt. Ein größerer Beschäftigungsaufbau war demnach nicht zu beobachten. Der IHK-Beschäftigungsindikator lag bereits im gesamten Jahr 2008 leicht im negativen Bereich. Zu Jahresbeginn 2009 sank der Indikator dann etwas stärker auf minus 22 Punkte ab.

Der Handel mit Kraftfahrzeugen schaute zu Beginn des Jahres 2009 sehr düster in die Zukunft. Dementsprechend schlecht waren auch die Beschäftigungsplanungen. Zu Jahresbeginn plante fast jedes zweite Unternehmen, in den kommenden zwölf Monaten Stellen zu streichen. Nach Einführung der Abwrackprämie besserte sich die Lage bei Neuwagenhändlern einiger weniger Fabrikate. Insbesondere Gebrauchtwagenhändler hatten jedoch durch die Abwrackprämie einen Geschäftsrückgang zu verzeichnen. Händler anderer langlebiger Gebrauchsgüter klagten ebenfalls unter einem schlechten Geschäftsverlauf, da viele

geplante Anschaffungen ihrer Kunden durch den Kauf eines subventionierten Neuwagens ersetzt wurden. Auch der Großhandel blickte in ein schwieriges Jahr. Jeder fünfte Großhändler wollte Stellen streichen.



Der IHK-Beschäftigungsindikator für den Handel ist von Herbst 2008 zu der Umfrage vom Jahresbeginn 2009 deutlich gefallen. Im Frühsommer blieb der Wert mit rund minus 22 Punkten nahezu unverändert. Gut ein Viertel der Händler plante eine Beschäftigungsreduktion. In der Herbstumfrage hat sich dieser Wert leicht verbessert. Aktuell will jedes fünfte Unternehmen in den kommenden Monaten Stellen streichen.

Ausblick 2010: Weitere Stellenstreichungen geplant

Prognose 2010:

Nach unseren Berechnungen wird im gesamten Handel die Beschäftigung im Jahr 2010 um 2 Prozent sinken. Somit werden rund 6.000 Stellen in diesem Bereich entfallen. Ende 2010 werden im Handel rund 296.300 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein.

Im kommenden Jahr wird sich nach einem relativ moderaten Beschäftigungsabbau in 2009 dieser etwas beschleunigen. Die Händler mit Kraftfahrzeugen haben ihre pessimistische Beschäftigungsplanung vom Jahresbeginn etwas verbessert. Nur 20 Prozent der Unternehmen wollen Stellen streichen; zu Jahresbeginn waren dies noch 44 Prozent. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwiefern nach Auslaufen der Abwrackprämie insbesondere die Neuwagenhändler von einem Absatzloch getroffen werden. Dies würde sich dann auch in der Beschäftigungsanpassung bis zum Ende 2010 niederschlagen.

Der Großhandel ist nach wie vor sehr pessimistisch gestimmt. Rund ein Viertel der Großhändler will Personal abbauen. Insbesondere der Großhandel mit Maschinen, Gebrauchs- und Verbrauchsgütern plant eine deutliche Beschäftigungsreduktion in den kommenden Monaten.

Insgesamt zeigen die Rückmeldungen der Unternehmen, dass die Beschäftigungsplanungen umso pessimistischer sind, je größer das Unternehmen ist. Die geringste Stellenanpassung wird bei den Händlern mit bis zu 19 Mitarbeitern stattfinden.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet,
Belegexemplar erbeten

ISSN 1614-8614

Erhebungen und Berechnungen des IHK-Forums Rhein-Main

Quellen:

- Bundesagentur für Arbeit
- eigene Erhebungen

